

# Das politische Potential der SP nach dem Wahlherbst : Versuch einer Standortbestimmung

Autor(en): **Cavalli, Franco**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **78 (2000)**

Heft 1

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341516>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das politische Potential der SP nach dem Wahlherbst:

# Versuch einer Standortbestimmung

Es war gut, es hätte besser sein können. So könnte man unser Abschneiden bei den nationalen Wahlen vom letzten Oktober lapidar zusammenfassen.

---

**Franco Cavalli**

---

Trotz eines suboptimalen Wahlkampfes haben wir prozentual noch etwas zugelegt: Ohne einige grobe taktische Fehler in einzelnen Kantonen hätten wir heute, verglichen mit der letzten Legislatur, sogar ein oder zwei Sitze mehr. Und dies, obwohl die millionenschwere Offensive der SVP-Milliardäre uns mit einzelnen dominierenden Themen (Asylfrage, Steuerproblematik) objektiv einige Schwierigkeiten beschert hat. Und trotzdem können wir nicht zufrieden sein: Wir dürfen nämlich davon ausgehen, dass unser Wählerpotential höher liegt, irgendwo zwischen 25 und 30 Prozent. Besorgniserregend ist auch, dass wir bei der traditionellen Arbeiterschicht kein Terrain zurückerobert haben. Weniger Sorgen bereitet mir der von den Medien hochstilisierte «deutliche Rechtsrutsch» im Parlament: Der grösste Teil des SVP-Erfolges geht zu Lasten der rechtsextremen Splitterparteien, und die personelle Zusammensetzung der FDP/CVP-Fraktionen lässt keine Verschiebung nach rechts erkennen. Im Gegenteil: Vor allem in der CVP hat die Vertretung des CSP-Flügels deutlich zugenommen. Nach den Er-

neuerungswahlen des Bundesrates können wir etwas zufriedener sein: Die Blochersche Kandidatur, als Wahlspektakel lanciert, hat sich in der öffentlichen Meinung weitgehend als Eigentor erwiesen. Über den Vorschlag «Dritter FDP anstatt Ogi» wird man SP-intern noch lange diskutieren müssen, auch hinsichtlich der nächsten Vakanzen im Regierungsgremium. Eines ist aber deutlich geworden: Die FDP hat in dieser Situation eine klare Führungsschwäche an den Tag gelegt und den fehlenden Willen erkennen lassen, «mit der SVP abzurechnen». Darunter wird sie vermutlich noch lange zu leiden haben. Es war ganz klar die Stahlhelmfraktion der FDP, die den Vorschlag mit dem von der NZZ suggerierten Argument «wir müssten dann zu viele Kompromisse mit der SP eingehen» abgeschmettert hat. Sollte sich die FDP auch bei der nächsten Parteipräsidentenwahl noch weiter nach rechts begeben, würde dies nicht nur tiefe innerparteiliche Risse hauptsächlich im Verhältnis zum welschen Flügel bedeuten, sondern auch unseren Spielraum in der deutschen Schweiz wieder vergrössern.

## Die allgemeine Lage

Das politische Potential einer Partei hängt nicht nur von ihrer Zielsetzung und ihrer Kraft, sondern auch von der Entwicklung der allgemeinen Lage und der Situation ihrer politischen Gegner ab.

Stichwortartig und ohne jeglichen Anspruch, auch nur annähernd umfassend sein zu können, möchte ich die weltweite Grosswetterlage folgendermassen charakterisieren.

1. Durch das Vorherrschen des Dollars und der z.T. damit verbundenen wirtschaftlichen Dynamik wird beim jetzigen Tempo der Globalisierung die einzig verbleibende Supermacht, die USA, in ihrer Politik immer imperialer. Die Nicht-Ratifizierung des SALT-Vertrages, der Kosovo-Krieg und der damit zusammenhängende und geplante Raubzug auf die russischen Rohstoffe, das fortlaufende wirtschaftliche Aus Hungern von politischen Gegnern (Irak, Kuba usw.), die latente Opposition zu einer Stärkung der EU sind nur einige der kennzeichnenden Merkmale der jetzigen US-Grossmachtpolitik.<sup>1</sup>
2. Der Kosovo-Krieg hat die EU-Schwäche bildlich bewiesen. Zudem scheint die EU vor dem nächsten Schritt im Aufbau einer europäischen Alternative zu den USA zurückzuschrecken: Die Diskussionen über die entscheidende Reform ihrer politischen Strukturen kommen nicht vom Fleck.
3. Mitverantwortlich für diese Lage ist ein grosser Teil der europäischen Sozialdemokratie: Der Sumpf des dritten Weges lässt immer mehr Raum für politische Aspirationen, die mit einer sozialdemokratischen Politik nichts zu tun haben. So erscheint Blair immer mehr als der «amerikanische Musterschüler», während Schröder (nach der Ausschaltung von Lafontaine) immer mehr ins Fahrwasser der wirtschaftlichen Interessen des deutschen Grosskapitals gerät, das seine dominierende Rolle «zwischen Berlin und Wladiwostok» weiter festigen will.

<sup>1</sup> Zur katastrophalen Bilanz in der Innenpolitik siehe «Bill Clintons trostloses Vermächtnis» (Tages-Anzeiger, 14.01.2000).

Und dennoch darf man die Grosswetterlage nicht einfach als düster bezeichnen. Vor allem in Europa wird das Ende der Rezession und das Wiedereinsetzen des wirtschaftlichen Aufschwunges den rechtsextremen populistischen Kräften viel Terrain unter den Füßen entziehen. Grosse Teile der Öffentlichkeit haben vom harten neoliberalen Diskurs und vor allem von seinen Folgen «die Nase voll». Darin ist auch der Grund für die Wahlsiege der Mitte-Links-Parteien in Europa zu suchen (eher als bei der programmatischen Brillanz dieser politischen Kräfte). Der kürzlich in Seattle eingetretene Misserfolg der WTO-Verhandlungen infolge der Massenkundgebungen, die zum ersten Mal amerikanische Gewerkschafter und Vertreter fortschrittlicher NGOs Seite an Seite gesehen haben, lässt aufhören. Ich könnte mich täuschen, aber es ist nicht auszuschliessen, dass genauso wie der Widerstand gegen den Vietnam-Krieg die 68er-Bewegung einleitete, die Opposition gegen eine US-geführte neoliberale Weltherrschaft weltweit neue oppositionelle Kräfte ins Spiel bringen könnte.<sup>2</sup>

### Und die kleine Schweiz?

In meinem letzten Beitrag in dieser Zeitschrift stellte ich fest, «die Globalisierung und ihre Zwänge engen die demokratischen Räume immer mehr ein. Selbst das Schweizer Bürgertum beginnt die Nerven zu verlieren.»<sup>3</sup> Dies ist besonders in der «Neujahrsbotschaft» vom CS-Boss Mühlemann klar geworden. Er begnügte sich dabei nicht nur mit der Wiederholung der längst bekannten neoliberalen Litanei à la Weissbuch von De Pury und Konsorten, sondern ging einen Schritt weiter. Zum ersten Mal nämlich stellte er deutlich fest,

<sup>2</sup> Bezeichnend ist die Entlassung des Chief-Economist der Weltbank, J. Steglitz (Herald Tribune, 28.12.1999), wegen seiner Kritik am harten neoliberalen Diskurs.

<sup>3</sup> Franco Cavalli: Ist eine radikale, linke Position heute möglich?, Rote Revue 4/1997.

**Grosse Teile  
der Öffentlichkeit  
haben vom harten  
neoliberalen  
Diskurs und von  
seinen Folgen  
«die Nase voll».**

**Solange mehr  
als die Hälfte der  
Arbeiterklasse in  
der Schweiz kein  
Stimmrecht hat,  
kann die Linke  
parlamentarisch  
keine Mehrheit  
erreichen.**

dass, falls diese Ziele sich in unserem jetzigen staatspolitischen System nicht realisieren lassen, man gefälligst einige Volksrechte abbauen solle. Die Referendumserfolge gegen das Arbeitsgesetz und gegen die Kürzung der Arbeitslosenentschädigungen haben nämlich gezeigt, dass zurzeit, im Gegensatz zu früher, Volksrechte in sozialen Fragen tendenziell eher einer linken Politik helfen können. Die Niederlage der Mutterschaftsversicherung ist dabei eher die berühmte Ausnahme, die die Regel bestätigt: Es waren vor allem kulturelle Faktoren und z.T. auch klassenspezifische Reflexe (die Gleichstellung der nichtarbeitenden bürgerlichen Frauen), die zum wichtigen Nein in der deutschen Schweiz geführt haben.

Im Grunde dieselbe Botschaft, aber ohne den «Ausrutscher» in Richtung autoritäre Sehnsucht, hatte bereits wenige Tage nach den nationalen Wahlen Peter Hasler, Direktor des Vororts, in der NZZ und im Sonntagsblick verkündet. Der Ton war unmissverständlich, der Inhalt auch: Die Zeit für den Sozialabbau ist gekommen (Zitat: «Mehr Sozialhilfe ist billiger als höhere Renten für alle»). Das Bild wird mit den neoliberalen Vorschlägen von Staatssekretär Syz, mit der Idee von Bundesrat Couchepin, Senioren höhere Krankenkassenprämien zahlen zu lassen, und mit der Abschmetterung unserer Gesundheitsinitiative – ohne jeglichen Ansatz zu einem Gegenvorschlag – durch die bürgerliche Mehrheit des Bundesrates vervollständigt.

Eines ist sicher: Die jetzt begonnene Legislatur wird härter, der politische Kampf rücksichtsloser werden. Genauso wie die Blochersche Bundesratskandidatur für uns ein Geschenk war, könnte auch diese Frontenverhärtung uns weite Spielräume öffnen. Natürlich werden wir jeden Sozialabbau, mit guten Siegeschancen in Referendumsschlachten, bekämpfen. Wir dürfen aber nicht nur defensiv, sondern

müssen eher offensiv politisieren. Wiederum stichwortartig und ohne jegliche Prioritätensetzung hier einige Möglichkeiten:

1. Dem Angriff auf die Volksrechte müssen wir mit einer offensiven Unterstützung unserer Initiative für das konstruktive Referendum begegnen: ein Vorhaben, das auch von fortschrittlichen bürgerlichen Kräften unterstützt werden könnte.
2. Bei den sozialen Fragen dürfen wir nicht nur defensiv vorgehen, sondern wir müssen uns überlegen, welche zeitgemässen Forderungen wir z.B. per Volksinitiative lancieren wollen. Am ehesten würde sich hier unsere sehr innovative Familienpolitik eignen, die leider bis jetzt in der Partei und in den Medien zuwenig berücksichtigt wurde. Auch in der AHV-Auseinandersetzung müssen wir offensiver werden: Wie die Entwicklungen in Deutschland («Rente ab 60») und Frankreich zeigen, wird das flexible Rentenalter immer populärer: Via Nationalbankgelder sollte uns dieses auch mehr als 1 Milliarde pro Jahr wert sein.
3. In der Steuerfrage müssen wir auch nach geglückter Initiative über die Kapitalgewinnsteuer zukünftig aktiver sein. Überlegenswert wäre eine Initiative für die nationale Einführung der Erbschaftssteuer, die jetzt nach und nach in den Kantonen – vor allem aus kantonalen Konkurrenzgründen – verschwindet. Selbst die NZZ erachtet die Erbschaftssteuer als «eine vernünftige Steuer, die im Interesse vieler Wenigbegüterter ist».
4. Der Privatisierungsdiskurs der Rechten kommt immer mehr in Schwierigkeiten, da die Leute sogar bei «günstigen Privatisierungen» (z.B. Swisscom) immer mehr auch die negativen Folgen (Arbeitsplatzverlust, Abbau des Service

public etc.) erkennen. Diesen Diskurs müssen wir offensiv angehen: Nicht nur dürfen keine Universitäten privatisiert werden, sondern die Hochschulen müssen vermehrt vom Bund aus gesteuert werden. Nicht nur dürfen keine Spitäler privatisiert werden (was sowieso zu höheren Kosten führt), sondern wir brauchen eine nationale Gesundheitsplanung. Nicht nur dürfen wir bei der Erziehung nicht sparen, sondern wir brauchen eine eigentliche Bildungsoffensive. Bildung und Gesundheit werden immer wichtigere Schauplätze im Umverteilungskampf: Wir müssen sie offensiv besetzen. Darin liegt auch eine grosse Chance für unsere Umverteilungsinitiative.

5. Nach dem parlamentarischen Sieg der Initiative Hämmerle (Sicherung der Arbeitsplätze in den peripheren Regionen) müssen wir das Thema der Regionalpolitik zu einer Schlüsseldebatte in der politischen Auseinandersetzung machen. Es liegt auf der Hand, dass der neoliberale Diskurs die Existenz der Schweiz als Willensnation, die einen materiellen Ausgleich zwischen Regionen und Sprachgebieten voraussetzt, bedroht. Alle Analysen der Globalisierung zeigen, dass diese nicht nur den nationalen Staat schwächt, sondern auch die regionalen Unterschiede exponentiell vergrössert. Unser Widerstand gegen die ausbeuterischen und irrationalen Seiten der Globalisierung muss sich zuerst in einem Kampf für einen stärkeren regionalen finanziellen Ausgleich äussern.

6. Eine radikale Position kann die Linke heute nur noch auf kontinentaler Ebene entwickeln.<sup>4</sup> Auch deswegen müssen wir, nach dem Zustandekommen der bilateralen Verträge, die Europafrage wieder offensiv und mit aller Deutlichkeit aufgreifen.

<sup>4</sup> Vgl. Fussnote 3.

7. Nach den wirtschaftlichen Erfolgen in Frankreich, das europaweit zurzeit die besten wirtschaftlichen Indikatoren aufweist, und nach der dortigen Einführung der 35-Stunden-Woche, dürfen wir auch in der Wirtschaftspolitik keine Scheuklappen mehr haben. Das Gegenbeispiel USA darf uns nicht einschüchtern. Dass dort der Aufschwung mit der «hire and fire»-Methode immer noch anhält, beruht vor allem auf der Vormachtstellung der USA. Zudem wird dort das wirtschaftliche Surplus weitgehend von den reicheren 20 Prozent der Bevölkerung einkassiert, während die restlichen 80 Prozent wirtschaftlich nicht weiterkommen oder sogar am Verlieren sind. Die sozialen Spannungen in dieser gewaltreichen Gesellschaft können «nur noch» dank der Todesstrafe (die zusammen mit der neoliberalen Politik wieder eingeführt wurde!), dank mehr als zwei Millionen Gefangener und dem christlichen Fundamentalismus unter Kontrolle gehalten werden.

### **Sind wir darauf vorbereitet?**

Zurzeit dominiert immer noch der Klassenkampf von rechts. Um den Klassenkampf von unten wieder anzukurbeln, wird sich die soziale Allianz weniger als früher auf das klassische Proletariat abstützen können, sondern vielmehr ein breites Bündnis von Ausgeschlossenen, Teilen der Arbeiterklasse, aufstrebenden neuen Schichten und «Radikalerneuern» anvisieren müssen. Nur so werden wir die z.T. verlorengegangene klassische SP-Klientel zurückgewinnen können, nur so können wir weitere Teile des «fortschrittlichen Mittelstandes» für uns gewinnen. Einige mögliche politische Initiativen in diese Richtung habe ich bereits im letzten Abschnitt beschrieben. Viele andere sind denkbar. Aber haben wir die Mittel dazu? Was würde passieren, wenn

**Die jetzt**

**begonnene**

**Legislatur wird**

**härter, der**

**politische Kampf**

**rücksichtsloser.**

wir in die Opposition gezwungen würden? Diese Fragen müssen wir uns ernsthaft stellen. Obwohl ich immer noch für die Strategie «in der Regierung sein, aber gleichzeitig auch die zivile Gesellschaft als soziale Opposition mobilisieren» bin, wird sich die Frage bei den nächsten Bundesratsvakanz klar stellen. Diese Diskussion müssen wir bald angehen. Mit den anstehenden Problemen und bei der notwendigen Öffnung nach Europa werden wir zwangsweise eine homogenere Regierung brauchen. Bleibt die SVP auf blocherschem Kurs, wird sich deswegen früher oder später die Frage stellen: «Entweder die SP oder die SVP.» Eine vertiefte Diskussion dieser Frage würde den Rahmen dieses Beitrages klar sprengen: Wir dürfen sie aber trotzdem nicht aus den Augen verlieren. Indem ich dieses Szenario im Hinterkopf behalte, gehe ich zur anfangs gestellten Frage zurück. Wollen wir Klartext sprechen, dann müssen wir zugeben, dass es um die SP nicht zum Besten bestellt ist. Unsere finanziellen Mittel sind gelinde gesagt knapp, unsere Strukturprobleme gross. Die Parteistruktur ist z.T. prämodern, die Koordination zwischen Zentralsekretariat und Kantonalverbänden sehr suboptimal, die Kadenschulung ist weitgehend inexistent, unsere Beziehungen zu den extraparlamentarischen Bewegungen recht schwach. Alles das kann aber geändert werden, vor allem weil keine andere Partei in der Schweiz über so viele personelle Ressourcen verfügt wie wir.

Nachdem Wirtschaftsbosse 50 Millionen für eine politische Denkfabrik auf den Tisch gelegt haben, nachdem die Finanzierung der bürgerlichen Parteien durch die CS-Spitze bekannt wurde, nach der CDU-Spenden-Affäre in Deutschland müssen wir jetzt endlich wieder das Problem der Parteienfinanzierung auf den Tisch legen. Wollen wir zumindest annähernd mit gleich langen Spiessen agieren, dann

muss der Bund vor allem die Fraktionen finanziell deutlich mehr unterstützen. Die internen Probleme sind alle lösbar, vorausgesetzt, wir sind uns über die Diagnose einig. Die unzweifelhafte Verhärtung der politischen Fronten wird auch das Ihrige dazu beitragen: Je mehr der politische Gegner zum Feind wird, desto schneller erwachsen dabei die Widerstandskräfte.

### Politische Zielsetzung

Solange mehr als die Hälfte der Arbeiterklasse in der Schweiz kein Stimmrecht hat, kann die Linke parlamentarisch keine Mehrheit erreichen. Dies ist aber in unserem System nicht unbedingt «notwendig». Gelingt es uns, die extraparlamentarischen Bewegungen wieder etwas mehr zu beleben, gelingt es uns, vermehrt die soziale Opposition zu strukturieren, dann kann man auch bei uns mit unserem Wählerpotential (vorausgesetzt, wir können es ausschöpfen) sehr viel erreichen. Und dies will ich selbst in der jetzigen geschichtlichen Phase, in der grosse soziale Umwälzungen nicht auf der Tagesordnung stehen, absolut nicht nur defensiv verstanden wissen. Ich meine durchaus eine linke, radikale Position, «die das Bestehende nicht nur verbessern will, sondern strukturelle Änderungen anvisiert, die tendenziell eine Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Besitzlosen bewirken soll».<sup>5</sup> Es liegt weitgehend an uns, ob wir uns «auf die Socken machen wollen». Dass diese rot bleiben, das nehme ich wohl an.

<sup>5</sup> Vgl. Fussnote 3.

Franco Cavalli ist Präsident der Nationalratsfraktion der SP Schweiz und Chefarzt Onkologie am Ospedale San Giovanni in Bellinzona.